

System gemeinsamer Sicherheit ist möglich

In politischen Gesprächen in der Parteigruppe und im Arbeitskollektiv geht es sehr oft um unseren Beitrag im Ringen um den Frieden. Dabei argumentieren wir, daß der Imperialismus an den Verhandlungstisch, auf dem die Vorschläge für Abrüstung und Entspannung liegen, gezwungen werden muß. In diesem Zusammenhang gibt es einige unterschiedliche Auffassungen zu der Frage: Worauf begründet sich die Haltung, daß gemeinsame Friedenssicherung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist?

Volkmar Gebel

Parteigruppenorganisator im VEB Wälzlagerwerk „Willy Sägebrecht“ Luckenwalde

Zweifellos hängt die Gewährleistung eines dauerhaften und sicheren Weltfriedens davon ab, wie es den Friedenskräften gelingt, den Imperialismus zur Teilnahme an der Gestaltung eines Systems gemeinsamer und umfassender Sicherheit zu veranlassen.

In der Welt hat sich eine neue Situation herausgebildet, in der die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Das verlangt ein neues politisches Herangehen an die internationalen Angelegenheiten. Die Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung, zum Maßstab allen Handelns geworden, da im Nuklearzeitalter der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein darf.

Dabei wirkt ein ganzer Komplex von äußeren Faktoren auf die Interessen des Imperialismus, engt vor allem die Absichten und Spielräume der aggressivsten Kreise des Kapitals weiter ein. Das ist in erster Linie der Sozialismus, der den imperialistischen Staaten jede Chance eines Sieges in einer militärischen Auseinandersetzung verwehrt. Das Angebot des Sozialismus, das Überleben der Menschheit durch die gemeinsame, friedliche Gestaltung der Welt zu gewährleisten, verstärkt zweifellos die Wirkungsmöglichkeiten jener Grup-

pierungen der herrschenden Klasse im Imperialismus, die sich an einer kooperativen Gestaltung der internationalen Beziehungen beteiligen wollen.

Dazu gehört als ein wesentlicher Aspekt auch die nach Millionen zählende Friedensbewegung in den kapitalistischen Staaten, das engagierte Eintreten realistisch denkender Politiker und Persönlichkeiten aus jenen Kreisen der Bourgeoisie, die an einer Politik der friedlichen Koexistenz interessiert sind.

Ein weiteres Moment ist das Ringen der Nichtpaktgebundenen um die Erhaltung des Friedens, ist der Kampf von Staaten unterschiedlicher politischer Orientierung um eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung, was auf die imperialistischen Hauptmächte neue Zwänge in Richtung Kooperationsgemeinschaft ausübt.

Zu diesen äußeren Faktoren wurde bereits in mehreren zurückliegenden Beiträgen unter der Rubrik „Antwort auf aktuelle Fragen“ ausführlich eingegangen. So in den Heften 6/88, 22/87, 20/87 oder 16/87.

Neben diesen Faktoren, und bedingt durch deren Wirken, ist es auch ein ganzer Komplex von neuen Bedingungen und Entwicklungen, der imperialistisches Eigeninteresse an Friedenssiche-

rung hervorbringt und so die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam mit realistischen Kräften des Monopolkapitals die Politik der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Imperialismus zu durchkreuzen.

Erstens ist das der wachsende Widerspruch zwischen dem Interesse der gesamten Monopolbourgeoisie an der Erhaltung des kapitalistischen Systems und dem Profitinteresse vor allem des Militär-Industrie-Komplexes, dessen Politik der Hochrüstung und Konfrontation das Überleben auch kapitalistischer Produktionsverhältnisse bedroht.

Es entsteht und wächst auch in der Monopolbourgeoisie und in den deren Herrschaft sichernden politischen Kräften der Zwang für ein generelles Umdenken. Ein äußeres Zeichen dafür ist, daß sich nach dem zweiten Weltkrieg zwischen staatstragenden Parteien einiger westeuropäischer Staaten unterschiedliche Auffassungen zu sicherheitspolitischen Fragen herausbildeten. Sozialdemokratische Parteien - zum Beispiel in der BRD und Großbritannien -, aber auch in liberalen und konservativen Parteien verankerte Kräfte suchen nach Alternativen zu Abschreckung und Konfrontation.

Zweitens verschärft sich die Auseinandersetzung eines beträchtlichen Teils der herrschenden Klasse mit dem Militär-Industrie-Komplex. Die Ursache ist, daß sich der MIK über den Mechanismus der staatsmonopolistischen Verteilungs- und Umverteilungsprozesses einen immer größeren Teil des vom ganzen Volk geschaffenen Reichtums als monopolistischen Extraprofit aneignet. Damit schmälert er den Anteil der vorwiegend zivilproduzierenden Teile des Monopolkapitals an diesem Tribut.

Nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe des Monopolkapitals profitiert von der Rüstungsproduktion. Hingegen wirken sich deren Konsequenzen wie wachsende Inflation und Budgetdefizite, die